

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechamtliche: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostkarte Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagespappe 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamtteil Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 142.

Magdeburg, Donnerstag den 20. Juni 1918.

29. Jahrgang.

## Russische Gegenrevolution?

Sie liegt in der Luft, seitdem Mitte November die Bolschewiki, auch Magimalisten genannt, in Petersburg die Herrschaft an sich rissen. Sie ist auch schon mehrmals auf die feste Erde getreten, aber sie hat sich immer noch nicht durchsetzen können. Nicht einmal der deutsche Gewaltfrieden, der den Bolschewiki aufgezwungen wurde, hat bisher die gegenrevolutionären Kräfte dermaßen gestärkt, daß sie größere Versuche zur Abschüttelung der Herrschaft der utopistischen Sozialisten unternehmen konnten. Die Gewalt der Bolschewiki hat sich länger erhalten als die Regierung Kerenskis, länger als nach der deutschen Wendung in Brest-Litowsk jemand angenommen hat. Selbst die Bewegung der Donkosaken, hinter der konterrevolutionäre Kräfte als Schützer standen, ist entweder niedergeschlagen oder mattgestellt worden.

Erst in den letzten Stunden läuft die Meldung ein, wonach eine Abbröckelung der bolschewistischen Macht im Gange sein soll. In den Meldungen heißt es, daß

### Westibirien die Macht der Sowjets

gestürzt habe, und zwar durch 5000 oder 8000 Tschecho-Slowaken, die als österreichische Ueberläufer sich in Rußland aufhalten und sich nach Wladiwostok durchschlagen wollen, um von dort an die französische Front zur Bekämpfung der Mittelmächte zu gelangen.

Mit diesen cheznatigen Verbündeten hat sich die russische Regierung der Sowjets (Räte der Arbeiter und Bauern) schon seit einigen Wochen herumgeschlagen. Die Kämpfe, über deren Ergebnis widersprechende Nachrichten eingingen, haben es nicht verhindert, daß die Tschechen und Slowaken sich einer langen Strecke der sibirischen Bahn von dem Ufer der Wolga über den Ural hinweg bis über Omsk in Westibirien hinaus bemächtigt haben. Der russische Verkehr mit Sibirien ist dadurch abgeschnitten worden. Die Tschecho-Slowaken scheinen nun den russischen Gegenrevolutionären als Kern zu dienen, um den sich die Schichten gruppieren, die mit der Herrschaft der Bolschewiki unzufrieden sind.

Wie nah oder wie fern die Gefahr eines Sturzes der Bolschewiki ist, kann auf Grund dieser Meldungen aber noch nicht beurteilt werden. Zuverlässige Nachrichten aus Rußland fehlen immer noch. Trotzdem der formale Friedensschluß schon vier Monate zurückliegt, haben wir noch immer keine direkte Post- und Telegraphenverbindung mit dem Lande. Ueber vielen andern ein weiterer Beweis, auf wie festen Füßen der deutsche Gewaltfrieden mit dem Osten steht. An indirekten Meldungen ist allerdings kein Mangel. Ihnen gegenüber kann man nicht kritisch genug sein, denn sie pflegen morgen aufzuheben, was sie heute authentisch bringen. Die nach Kriegsgewinn jagenden bürgerlichen Berichterstatter in den neutralen Ländern beherrschen eben immer noch das Feld.

Man tut daher gut daran, auch die neuesten Nachrichten über die westibirische Gegenrevolution mit kräftigen Zweifeln aufzunehmen. Wirklich verbürgt scheint nur die Meldung zu sein, daß die Bolschewiki sich

### zur äußersten Gegenwehr rüsten

und nicht gesonnen sind, vor den Tschechen und Slowaken, den Ueberläufern aus den galizischen Schlachten, die Waffen zu strecken. Lenin und Trotzki haben im Wolgagebiet fünf Jahrgänge zu den Waffen gerufen, sie ziehen Artillerie zusammen, um den Rufschrei der Fremdlinge auf russischem Boden zu erwidern. Lenin äußert die Meinung und schweibert sie in die Wägen, daß die Entente die Tschecho-Slowaken unterstützt und mit ihrer sowie der gegenrevolutionären Hilfe auf russischem Boden Krieg gegen Deutschland führen wolle. Er ruft gegen diese Absicht alle Russen zum erbitterten Widerstand auf.

Eine sichere Meinung darüber sich zu bilden, ob der Widerstand der Bolschewiki aussichtslos ist oder nicht, ist zurzeit unmöglich. Uns wie jedem andern Westeuropäer. Denn: niemand kann hier draußen die russischen Verhältnisse und die russische Machtverteilung beim völligen Fehlen jedes Materials beurteilen. Recht haben es die Bolschewiki nicht. Sie werden nicht allein in Westibirien bedroht, sie müssen auch in Ostibirien um ihre Herrschaft ringen. Dort hat die Entente

### die Japaner vorgehört.

Sie sind vor längerer Zeit trotz russischen Protestes in Wladiwostok gelandet, von der chinesischen Grenze her haben

sich auf dieselbe Veranlassung gegenrevolutionäre Kräfte in Bewegung gesetzt, um das Sibirien östlich des Baikalsees von Rußland abzuschneiden. Das Bestreben wird vorliegen, sich mit den Tschecho-Slowaken und ihren russischen Helfern irgendwo und irgendwie die Hand zu reichen. Knapp nördlich der sibirischen Bahnstrecke, die in der Gewalt der Tschechen ist, in Jekaterinburg

### sitzt der Czars als Gefangener

des Volkes. Es ist schon möglich, daß die Konterrevolutionäre mit der Hoffnung sich tragen, die Lore seiner Wohnung sprengen und ihn als Bannerträger vermehren zu können. Ob er sich wirklich für diese Mission eignet, ist eine andre Frage.

Das alles sind Möglichkeiten, die eintreten oder ausbleiben können. Eine Tatsache ist dagegen der japanische Vormarsch auf dem asiatischen Kontinent. Es ist am 16. Mai ein japanisch-chinesisches Waffenbündnis unterzeichnet worden. In Rücksicht auf die Ereignisse in Sibirien erhält das eine ganz besondere und sehr aktuelle Bedeutung. Wir möchten daher wiedergeben, was uns Genosse Paul Bensch über diese Auswirkung der deutschen Siege im Osten schreibt:

„Den genauen Wortlaut des japanisch-chinesischen Vertrags wird man schwerlich erfahren, zurzeit ist er jedenfalls noch unklar, und wahrscheinlich kennen ihn nicht einmal die Engländer genau. Und doch kann man aus der gesamten Situation genügende Schlüsse auf den Inhalt des Bündnisses ziehen: China wird seine Neuorganisation in Staatsverwaltung und Polizei, in Heer und Marine, Finanzen und Verkehr unter dem treuen „Kai“ Japans und seiner Leitung vollziehen.

Dabei ist Japan klug genug, die Form zu wahren. In der Hauptache schiebt es in die wichtigsten Verwaltungsstellen Chinas seine Glünstlinge vor und sorgt dafür, daß deren Vorklänge und Pläne keinen ernstlichen Widerstand im Lande finden. Es selbst begnügt sich mit der Stelle eines „höchsten militärischen Beraters“, dem vor kurzem ein „höchster Finanzberater“ an die Seite getreten ist. Im stillen fördert es den Bürgerkrieg, der zwischen dem Süden und dem Norden tobt und sich angeblich um den Gegensatz zwischen Demokratie und Militärdiktatur dreht und der, je länger er dauert, den Norden unter dem japanfreundlichen Ministerpräsidenten Luan-Tschü-jui nur immer mehr in die Abhängigkeit von Japan treiben muß.

Ein besonderes Kapitel bildet die Art und Weise, wie sich Japan seine territoriale Einfluszone in China erweitert hat. Dadurch, daß

### China in den Krieg gegen Deutschland

getrieben wurde, fielen alle deutsch-chinesischen Verträge weg, und die deutschen Rechte in Kwantung und der Provinz Schantung wurden eine chinesisch-japanische Angelegenheit. Japan ging sofort auf. Es richtete in Schantung eine Zivilverwaltung ein, eine Maßregel, von der weder China noch die europäischen Mächte in Kenntnis gesetzt wurden. Dem Vorgehen in Schantung im Süden entspricht, wie Dr. Heile im „Wirtschaftsdiener“ auseinandersetzt, das Vorgehen Japans im Norden, in der Mandschurei. Auch dort dürfte sich, wie Heile sagt, in Zukunft Japan in der Verwaltung so festsetzen, daß Chinas Rechte nur noch dekorativer Natur bleiben. Der Verfall Rußlands trieb hier Japan zur Eile an. Denn dieser Verfall bewies ihm, daß es für die nach dem Kriege drohende

### Ausciaandersehung mit Amerika und England

nicht mehr auf die Bundesgenossenschaft Rußlands rechnen könnte. Es kam darauf an, sich noch während des Krieges eine derartig starke Stellung in China auszubauen, daß die beiden Nebenbuhler diese Stellung später kaum noch erschüttern können.

Als Basis diente hier das frühere Kaiserreich Korea, das schon lange eine japanische Provinz geworden war. Man betrieht die Verwaltung von Korea mit der von Kwantung, der bekannten Halbinsel, auf der Port Arthur und Dalny liegen, und weiter mit dem Gebiet der südmandschurischen Bahn. Die Bahnen selber wurden zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dann gliederte man neue Bahnen an, setzte an die Stelle der chinesischen die japanische Währung, legte japanische Divisionen in die Südmandschurei, drang dann neuerdings in die Nordmandschurei vor mit dem Ziele, die chinesische

Ostbahn unter japanische Kontrolle zu stellen, was, wie es heißt, mit den Strecken Charbin-Wladiwostok und Tschangtschun-Charbin bereits gelungen ist. Ein weiteres Vordringen Hand in Hand mit China in das östlich des Baikalsees gelegene Sibirien wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Eine derartige Position: Schantung im Süden und die ganze Mandschurei im Norden würde Peking in die Mitte nehmen und die dort sitzende Regierung Chinas stets den Wünschen Japans gefügig machen.

Dazu kommt noch, daß Japan auch, im äußersten Süden, gegenüber der Insel Formosa in der chinesischen Provinz Fukien seine militärische Position zu stärken im Begriff ist. Auf der Insel Amoy ist eine japanische Polizeitruppe stationiert, die Japan trotz aller Proteste Chinas nicht wieder wegnehmen will. Auch sorgt man für eine fräftige Waffeneinfuhr in Fukien, was für den chinesischen Bürgerkrieg natürlich von Wichtigkeit ist und nicht gerade zu seiner Verkürzung beitragen wird. So steht augenblicklich Japans Macht in China bereits auf recht soliden Fundamenten und der Abschluß des chinesisch-japanischen Waffenbündnisses ist lediglich der Abschluß einer langen und außerordentlich zielbewußten Politik Japans.

In dieser Situation mußte die Neußerung Terauchis, des japanischen Ministerpräsidenten, über ein mögliches

### Bündnis Japans mit Deutschland

in England auf äußerst empfindliche Ohren treffen. Terauchi wurde sofort von dem Vertreter des Londoner „Daily Mail“ — man möchte fast sagen — strafrechtlich vernommen, und Terauchi hat natürlich bei dieser Gelegenheit seiner festen Zubersticht in den englischen Sieg Ausdruck gegeben. Die Neußerung über ein Bündnis mit Deutschland stellte er als Antwort auf eine rein hypothetische Annahme hin. England könnte sich auf Japans Bundesstreue verlassen.

Selbstredend braucht weder England noch die amerikanische Union durch derartige verhängliche „Hypothesen“ auf den Umschwung aller Verhältnisse hingewiesen zu werden, den der Krieg in Ostasien für die Angelsachsen bedeutet. Je länger er tobt, desto mehr stärkt er die Position der Japaner. Die Furcht Englands vor der Machtstellung Deutschlands ist nach dem Zusammenbruch Rußlands nur noch gestiegen, und die Durchbrechung des Ringes, den England um Mitteleuropa gelegt hat durch die deutschen Siege im Osten, hat in London die Sorge um eine Ausweitung deutscher Interessen über Sibirien im Osten und den Kaukasus im Südosten auf den Höhepunkt getrieben. Man verlangte eine japanische Intervention in Sibirien, wie man ja schon vor Jahresfrist Kerenskis mit einem Dazwischentreten Japans bedroht hatte.“

Die Rolle, die Japan noch nicht spielen konnte oder wollte, haben jetzt die paar Tschecho-Slowaken übernommen. Wie auch immer ihr Unternehmen auslaufen mag, immer bleibt bestehen, daß sich

### in Asien große Machtverschiebungen

vorbereiten, auf die Deutschland als der Kontrahent des unglückseligen Gewaltfriedens von Brest-Litowsk sein gespanntes Augenmerk richten mußte. Statt dessen schauen die deutschen Annexionspolitiker wie gebannt auf die flandrische Küste und das Erzbecken von Songwy und Peking, nach den baltischen Provinzen, nach Polen und höchstens nach der Ukraine. Sie vermögen in ihrer Kurzsichtigkeit nicht zu erkennen, daß der Krieg Umwälzungen hervorruft, die die ganze Welt erschüttern. Sie treten wohl ungeheuer forsch und schnell auf, aber sie sind doch nur eingetrocknete kleine Spießbürger, die in ihrer engen Lonna sitzen und die Welt durch's Spundloch angucken. Ihre geistige Welt ist immer noch die des Alten Fritz, der zu jagen pflegte, ein Dorf an der Grenze sei wichtiger als eine Provinz weit davon. Sie beten nach, was für das kleine zerrissene Breuchen des 18. Jahrhunderts richtig war, was aber für das Deutschland des Weltverkehrs und des Welthandels längst überlebt und daher grundfalsch geworden ist.

Da aber die Regierung trotz aller sozialdemokratischen Mahnungen den blinden verträudeten Amerikanern Gefolgschaft leistet, ist nicht verwunderlich, daß wir im Osten in die Sackgasse geraten sind und daß wir wegen einklagter Grenzdrücker der Gegenwart ganze Provinzen der Zukunft verlieren. —

# Was der Krieg bringt.

## Das alte Preußen.

Im Preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag anlässlich der Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern zu bedeutenden politischen Auseinandersetzungen. Mit der Auffassung, die der Minister am Tage vorher über die Grenzen der politischen Vertiefung der Beamten kundgetan hatte, erklärte sich der Vertreter des Zentrums, Abg. Linz, der sich im übrigen über die Grundzüge der Verteidigungsreform verbeistete, einverstanden.

Genosse Braun, der hierauf für die Sozialdemokratie zu Worte kam, übte scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die Zensur gehandhabt wird. Wir geben seine wichtigsten Darlegungen hier im Auszug wieder:

Verstorbene Redner haben gesagt, daß unsere öffentliche Sicherheit immer mehr im Schwinden ist. Tatsächlich sehen wir einen erschreckenden Zustand der öffentlichen Moral. Es wird hingewiesen auf die zahllosen Eisenbahndiebstahle und auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen. Nach einer amtlichen Statistik sind in Preußen vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. November 1917 nicht weniger als 487 726 Vergehen gegen die Lebensmittelpolizei abgeurteilt worden, wobei nur die allerwenigsten Sünden geübt werden. Wir sind ja auf dem Gebiet allgumal Sünder. Letztlich erklärten sich sämtliche Richter der Sixskammer in Esenbal in einem solchen Prozeß für heilbar. Ueber diese Zustände helfen uns auch 850 Aufführungen des nach Dr. Geß so moralischen „Dreimäderlins“ nicht hinweg. Nun forderte gestern der Abgeordnete u. Liebert sogar das Standgericht für gewisse Vergehen. Die Sicherheit würde dadurch nicht im geringsten erhöht werden. Solche

### Mittel vom Kaiserreich

und der Polizeiverschärfung verjagen naturgemäß gegenüber einem in steigendem Maße im Schwinden befindlichen, aus dem die heutigen Zustände hervorgehen. Der Anreiz des Erwerbszinses ist durch den Krieg in einem Maße gebremst worden, daß die Gehirnjagd sich über alle Schranken hinwegsetzt. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auf allen Gebieten herrscht der Hunger. Eine betrübliche Kriegsgewinnmacherei wie bei den Daimler-Werken ist keine Ausnahme. Selbst öffentliche Körperlichkeiten haben sich dem Drange nach dem Verdienste nicht entziehen können. Der Kreis Hand-Belzig will die halbe Million für seinen Schloßbau aus den Betriebsergebnissen der Kriegswirtschaften nehmen. Also machen diese gemeinnützigen Einrichtungen

### ganz wertlos!

vor dem Berliner Staatsanwaltschaft wurde letzten Sonntag, daß arme Leute Mordungsstücke bei der Kleiderverwertungsgesellschaft zur Kaufe kämen, wenn sie die Verkäufer durch Zurückgeben der Kleider oder durch Lebensmittel bestachen. (Hört, hört! bei der Sozialdemokratie.) Die Gesellschaft hat alle Kontrollen ergriffen und jetzt sich über alle Schranken hinwegsetzt. Die Verbrechen zeigen die verwildernde Wirkung des Krieges, den gewisse Kreise ein Einheitsbuch und einen Jungmannen nennen. Opferlose und Vaterlandsliebe sind heute meistens nur noch draußen im Schutze anzufragen, aber schon in der Stille ist die Gehirnjagd des Geistes, um sich mit jedem Meter Entfernung zur europäischen Profitgier zu verhalten. Man muß, man muß, man muß heute — anfangen vom Justizminister, der dem Schutzegeben zurückhalten ist und sich dem Schleichhandel hingibt, bis zum ehemaligen Kaiserhelfer, der die armen Geistesarbeiter um den verhassten Lohn bringt und Millionen einbringt. Solange der Krieg dauert, wird das nur immer schlimmer werden. Wenn dazu noch die Kriegsverlängerung

### neigt Propaganda der Vaterlandspartei

kommt und die Abschaffung des gleichen Wahlrechts, dann kommt man sich nicht zu wundern, wenn in den arbeitenden Kreisen die Erbitterung angeht und die im Januar in dem großen Streik zum Ausdruck kam. Als ich im Auszuge über den Streik sprach, wurde der Presse verboten, meine Ausführungen wiederzugeben. Irgendein Spießel, der leider nur unter den Mitgliedern des Hauses oder den Vertretern der Regierung stehen sein kann — denn andere Personen hatten keine Stimme —, sagte im Oberhause etwas von dem Inhalt meiner Ausführungen, natürlich in seiner Art, natürlich, und dieses macht die Wirkung meiner Ausführungen. Dagegen kommt die gegen mich gerichtete Propaganda des Kaisers und der Vaterlandspartei abgehandelt werden, so daß

### der Despotismus ein Zerstückeltes

wurde. Am nächsten Tag erklärte der Minister inoffizielle Mitteilungen für unbedeutend, wenn jede Behauptung dabei unterbleibe. Später aber ließ er halbamtlich bekanntgeben, daß der Reichstag der Despotismus unserer Zeit heute sich mit seiner grundlegenden Aufgabe. (Hört, hört! h. d. Soz.) Er hat sich damit zum Schildhalter für die ganz unangenehmste Propaganda gemacht.

Die Zensur wird gerade wie ein Zwang zur Unwahrscheinlichkeit mit Handen. Wenn man Zeitungen unterdrückt, tanzt man die Despoten. Die Ministerpräsidenten wurde die Aufgabe des Reichstages gegeben. Dr. Debes vertrat. (Hört, hört! h. d. Soz.) Und dann hat der Minister ganz vollkommen, daß unangenehme Meinungsäußerungen in der Reichstagskammer für jeden Eintrag für unangenehme Gedächtnis ist der Mann einer Partei nicht werden dürfen, die in einer Reihe großer Angelegenheiten bereits erschienen war und die sich gegen eine Bestimmung des Reichstages zur Bekämpfung der Despotenmaßnahmen nicht. In jedem Falle ist es bei unangenehmen Meinungsäußerungen nicht möglich, die Angelegenheit zu klären. Das Oberhause in den Monaten hat am 2. März 1918 die Verabschiedung von Beschlüssen über die Abschaffung der Despotenmaßnahmen zur Bekämpfung politischer Zwecke verboten. Es soll über der Inhalt von der Entscheidung an der Front, der mit feuchter Gasse Spee festgestellt wurde, nicht durch Diskussionen gehindert werden, die Aussagen, die viele Soldaten aus dem Jahre zu dem sozialdemokratischen Grund zur Förderung des Friedens und des Kampfes für das gleiche Wahlrecht beitragen. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Der Kommandierende General in Esenbal ist durch

### allgemein-konservative Partei

bringen zu sein. Der Berliner „Volkswacht“ hat kommandiert angeordnet zu haben. Er wurde für drei Tage verboten wegen eines Artikels, der in parlamentarischen Kreisen unangebracht erschienen war. Wegen einer aus der „Volkswacht“ gehenden Aussage über die deutsche Kriegsmacht ist die Regierung zur Bekämpfung der Regierung gezwungen worden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Und als das nicht ausreichte, wurde in Esenbal noch eine weitere Entscheidung getroffen, die das Verbot angeht, dem Kaiser

zu bleiben, wurde das Blatt so lange unter Zensur gestellt, bis es seine Tendenz ändert. Wie kann der General vom dem Redakteur verlangen, daß er seine

### sozialistischen Tendenzen aufgeben

so? Alles, was der konservativen Partei, der Vaterlandspartei und den Annerktionisten unangenehm ist, wird dort herausgerissen. Der Redner führt einige Beispiele dafür an. Auf der andern Seite darf in der konservativen Presse Scheidemann eine wohlgezielte Kugel gewünscht und dürfen in der „Kriegszeitung“ die Arbeitermassen, die das gleiche Wahlrecht haben wollen, dem Gesindel gleichgestellt werden. In Königsberg verlor der alldeutsche-national-liberale Zensur unser Parteiredakteur, wenn er die „Allgemeine Zeitung“ zu sehr angreife, zu der der Zensur nicht nur in politischen, sondern auch in sonstigen Beziehungen steht. Und schließlich wurde das Blatt wegen eines Artikels gegen die national-liberalen Pluralwahlrechtsmacher auf drei Tage verboten. Das Verbot wurde auch darauf gestützt, daß das Blatt eine Aufforderung veröffentlicht hatte, der sozialdemokratischen Partei der Vaterlandspartei zum Entschluß beizutreten. (Hört, hört! links.) Die Vaterlandspartei darf solche Aufforderungen in Unmassen verbreiten. Sie kann sich auch allen andern politischen Richtungen gegenüber die weitestgehenden Verdächtigungen erlauben; sie kann die Anhänger des Beschuldigungsfriedens als

### mit anglo-amerikanischen Geldern bestechen

hinstellen. Immer wieder kehrt diese infame Verleumdung wieder. In konservativen Zeitungen aber wird gar noch behauptet, bei uns werde nach den Wünschen der Sozialdemokratie regiert! (Lachen links.) Schließlich hat sich auch der Landrat von Franzburg an der konservativen Kriegsfondsversammlung beteiligt. Sie würden Jeter und Kordio jähren, wenn ein Beamter öffentlich zu einem sozialdemokratischen Kriegsfonds geizigen würde.

Was übrigens die politische Vertiefung der Beamten anbelangt, so sind wir natürlich für vollkommene Freiheit der Beamten in dieser Beziehung. Wir können uns daher sogar den gegen den Mißbrauch der Dienstgewalt zugunsten der Vaterlandspartei gerichteten Entschluß des Ministers nicht ganz zu eigen machen. Wir sehen die ganze Einrichtung der politischen Beamten für eine sehr unglückliche. Im Auszuge ist nun der Antrag zum Ausdruck gekommen, daß die Beamten nicht auf die Freiheit haben sollen, sich einer der Sozialdemokratie anzuschließen. Da also für die Beamten nicht die Freiheit nach jeder Richtung gefordert wird, werden wir den Antrag ablehnen.

Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts sind in der ersten Zeit des Krieges die

### retaliativen politischen Schritten

einmal zurückgetreten, aber mehr und mehr treten sie wieder auf. Ein bemerkenswerter Entschluß des Reichstagespräsidenten in Opatow spricht von der Verabschiedung der „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverbände und der polnischen Berufsvereinigungen. Es wird gesagt, es sei zweifelhaft, ob man jetzt gegen die sozialdemokratischen Organisationen vorgehen soll, bei der polnischen Verabschiedung sei ein Vorgehen geboten. Ein Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Verbände hatte der Minister zurzeit nicht für ratsam, besonders sollte möglichst von Strafverfolgungen abgesehen werden, um nicht jetzt einen gerichtlichen Antrag herbeizuführen. (Hört, hört! h. d. Soz. und Polen.) Die freien Gewerkschaften werden hier wieder als sozialdemokratische Verbände hingestellt, und nur für jetzt und jetzt wird ein Vorgehen gegen sie abgelehnt. Wahrscheinlich nimmt man an, daß jetzt die Gefahr besteht, die Polizeibehörden könnten von den Gerichten reaktiviert werden. Will man noch dieser Zeit wieder schrittweise gegen die Gewerkschaften vorgehen? Das für ein Entschreiben ist hier überhaupt gemeint, denn man an Sozialdemokratie und dergleichen? Jedenfalls atmet der ganze Entschluß nicht weiter als den

### allgemein-konservative Partei

Auf einer Kriegerversammlung wurde berichtet, daß mit Hilfe des Ministeriums des Innern und einiger Generale es gelungen sei, den Bund der Ritter des Eisernen Kreuzes tot zu machen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Ist das die Aufgabe des Ministers? In einem Entschluß vom 13. April 1918 nimmt der Minister Stellung zur Kriegerversammlung und zu den Organisations der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Da wird der „sozialistische“ Reichsbund als ausgeproben partizipativ hingestellt. Offenbar geschieht das nur deswegen, weil im Verband auch Sozialdemokraten sitzen. Bei dem Kämpfer Verband ist die Verabschiedung des Leiters nicht angegeben — das ist allerdings ein Reichsgraf Kapur von Reichart. Im Vorlande des Reichstages ist jetzt auch ein Sozialdemokrat, ist er deshalb eine partizipative Körperlichkeit? Der Minister selbst hat die partizipativen Charakter vielleicht damit, daß diese Organisationen auf einigen Versammlungen sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen ausgesprochen hat, also sich auf der Standpunkt des Ministers gestellt hat! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kriegsteilnehmer sind jetzt befreit, die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten einzulassen; sie lassen das verlorene Gelände zurücknehmen und die Hilfe der Behörden dafür zu erhalten. Aber hat man den Ausschlag der Sozialdemokraten angeordnet, oder man hat eine Forderung gefunden, mit der man in Zukunft alle sozialdemokratischen Mitglieder doch wieder ausschließen kann und wird. Die Kriegerversammlungen werden und sollen in Zukunft

### Entscheidungen der konservativen Partei

sein. Deshalb hat sich die Regierung nun ihnen zurückhalten, und die Behörden sollen davon Abstand nehmen, irgendeine Verabschiedung auf diesen Gebiet zu fordern. Man sollte endlich handeln mit der allerniedrigsten politischen Beharrungsstunde. Es ist besten aber verabschiedet man letztlich, die Entscheidung einer Gruppe des Reichstages in Solche an der Seite bekommt zu verhindern, daß ein Major a. D. auf die Rechte eingeworfen wurde, und schließlich, indem man den Sozialisten einvernehmlich verabschiedet. In Verhandlungen der Vaterlandspartei aber werden die Soldaten Kompanie-weise kommandiert. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Die Regierung hat in Bezug auf die Kriegsteilnehmer eine Entscheidung über die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten in der Entscheidung des Reichstages der Reichstagskommissionen und Entscheidungen angenommen, und schließlich wurde jetzt die Entscheidung gefasst, aber die Verbreitung von Einladungen dazu verboten! (Hört, hört! links.) In Entscheidungen werden zum Verabschiedungsgesetz gegeben, aber politische Angelegenheiten dürfen nicht besprochen werden. Entsprechende Beschlüsse werden werden beschlossen, um jetzt diese nur acht Tagen

### in Beziehung nicht über die Wahlrechtsfrage

gehen. So manche Äußerung der Regierung lassen sich zu vollkommenen Entscheidungen der konservativen Partei heranziehen. Diese entscheidende Vorgänge erzeugen eine Erbitterung, die für unser Vaterland die größte Gefahr bedeutet. Das Gefühl der Reichstagskommissionen wird immer mehr und mehr verabschiedet. Das Wort verabschiedet den Gedanken, daß es auf diesem Gebiet besser noch, um so mehr, als das Dreiklassen-Parlament, in dem der Kampf aller Arbeit hat, die Wahlrechts-

vorlage bisher verschleppen und verschandeln konnte und das gleiche Wahlrecht dem Volke brutal verweigert. Ohne befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage

### gibt es keine Ruhe in Preußen,

jetzt nicht und nach dem Kriege nicht. Das preussische Volk in seiner großen Mehrheit fordert das gleiche Wahlrecht. Die Nutznießer der junkerlichen Vorrechte und der schwerindustriellen Geldmacht pfeifen aber auf die Wünsche von Volk und Fürst. Vor einiger Zeit sagte v. Oldenburg: „Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, haben wir den Krieg verloren.“ Das Dreiklassensystem steht den Junkern viel höher als das Vaterland; sie würden lieber eine Niederlage im Krieg in den Kauf nehmen, als daß das Dreiklassenwahlrecht beseitigt wird. Auch vor 100 Jahren erklärte ein preussischer Junker: Siebenzehn Schlachten von Jena als ein Oktobereid, das die preussischen Bauern von der Leibeigenschaft befreite. Das von Ihnen beschlossene Wahlrecht ist praktisch undurchführbar. Sie benutzen es als demagogischen Wahltrick, mit dem Sie glauben, bei der bevorstehenden Neuwahl Geschäfte machen zu können. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich fordere die Regierung auf, durch

### baldische Auflösung des Hauses

dafür zu sorgen, daß die große Mehrheit des Volkes ihren Willen zum Ausdruck bringen kann. Die dumpe Ruhe im Volke, die Folge der zunehmenden wirtschaftlichen Nöte, ist nicht mit Gleichgültigkeit zu verwechseln. Diese Ruhe kann sehr leicht in verzweifelte Ausbrüche umschlagen; kommt es dahin, dann haben nicht die Volksmassen die Schuld, sondern Sie, die Sie durch eigennützige rücksichtslose Politik die Volksmassen dazu treiben. Muten Sie dem Volke nicht zuviel zu. Lassen Sie sich nicht täuschen durch die scheinbare Ruhe! Seien Sie gewarnt: die Regierung und diejenigen, die ihre Vorherrschaft und Kapitalinteressen über das Wohl des Landes und des Volkes setzen. (Beif. h. d. Soz.)

Nachdem der Präsident die Äußerungen Brauns über Episkopat im Ausschuss als Beleidigung der Abgeordneten und der Regierungsvertreter gerügt hatte, zog sich der Minister Dr. Dreyer auf die Behauptung zurück, daß die Zensur nicht in der Hand der Zivilbehörden liege, und daß er insoweit „keinerlei“ Einfluss auf ihre Handhabung habe! Es stehe ihm nicht an, die Maßnahmen der Zensur zu kritisieren! Der Platz, Kritik zu üben, sei vielmehr der Reichstag beim Titel Gehalt des Kriegsministers. Auf die Fälle von Versammlungsverboten, die Braun angeführt hatte, erklärte der Minister nicht eingehen zu können, weil Braun ihn vorher nicht davon unterrichtet habe, und weil er auch nicht wissen könne, inwieweit die Mitteilungen der Zivilbehörden an die einzelnen Beschwerdeführer etwa auf Unterweisungen von Militärbehörden zurückzuführen seien. Er sei nur verantwortlich für das, was die Zivilbehörden aus eigener Initiative unternehmen. Weiter verbreitete sich der Minister eingehend über seine Stellung zum Bunde der Kriegsbeschädigten, die ihm Braun vorgehalten hatte. Er habe den Eindruck, daß Sozialdemokraten die entscheidende Leitung des Bundes in die Hand genommen hätten.

Hierauf kam der Abgeordnete Lüdicke, der neue Vorsitzende der freikonservativen Fraktion, zum Wort, um nach bekannter Art über die „Verzichtresolution“ des Reichstages herzukommen, für die Vaterlandspartei Propaganda zu machen und das gleiche Wahlrecht in Grund und Boden zu verdonnern. Auch zum Streik nahm der Redner nach Scharfmascherweise Stellung. Er bestritt, daß die Ursachen in der Erbitterung des Volkes über die Herausforderung der Vaterlandspartei, über die Verschleppung des Wahlrechts und in den Ernährungs-schwierigkeiten zu erblichen seien. Bei der Besprechung der Ernährungs-schwierigkeiten verstieg er sich sogar zu der Behauptung, daß die Sozialdemokraten keinen Grund hätten, darüber zu klagen. Es handle sich „um sozialistische Maßnahmen und einen Vorgesand des sozialistischen Staates!“ Die Hauptschuld an dem Streik, meinte er, trügen die Unabhängigen. Aber auch die sozialdemokratische Partei habe teil an der Schuld, weil sie dem Streik nicht entgegengetreten sei, sondern „das landesväterliche Kreiben der Streikenden gebilligt“ habe.

Hierauf sprach der Abgeordnete Cassel (Fortführ. Sp.) eingehend über die Frage der Reorganisation der innern Verwaltung und insbesondere über Groß-Berliner Fragen.

Nachdem um 5 Uhr nach siebenstündiger Sitzung ein Verlagsantrag abgelehnt worden war, hielt Adolf Hoffmann vor leerem Hause eine dreundereinstündige Rede, die sich zum guten Teile gegen seine ehemaligen Parteigenossen richtete. Diese Art, die Parlamentaristik zum Tummelplatz solcher Streitigkeiten zu machen, gefällt den Reaktionen so ausgezeichnet, daß sie diesmal Hoffmann ungehindert schimpfen ließen.

## Die Not in Oesterreich.

Sie zu erwarten, hat die neueste Brotkrage in Wien, der die Kürzung im Lande schon vorausgegangen, große Erregung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgebracht. Wie das Volk mit einem Pfund Kartoffeln und 1 1/2 Pfund Brot die Woche „durchhalten“ soll, mögen die Götter wissen.

Daß die Arbeiterschaft durch die Maßnahme besonders schwer getroffen wird, versteht sich am Lande. Eine große Deputation von Sozialdemokraten hat deshalb den Ministerpräsidenten angegriffen und ihm den Ernst der Lage hervorgehoben, soweit er ihn noch nicht selbst begriffen haben sollte. Der Ministerpräsident hat die üblichen Ausreden angewandt und dabei mitgeteilt, daß die Ernährungsminister Dr. Paul nach Berlin sei, und man hoffe, den Deutschland aus der Verlegenheit helfen zu werden. Wegen Wolke Baran von „zuständiger Seite“ erklärt, daß die Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ausgeschlossen sei. Ob Kartoffeln oder anderes Getreide, etwa aus — ukrainischen Beständen an Oesterreich abgegeben werden, geht aus der Wolff-Erklärung nicht hervor.

Der Wiener Arbeiterrat sollte Dienstag um 6 Uhr abends im Eisenbahnerheim zu einer entscheidenden Sitzung zusammentreten. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs richtete einen dringenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats abzuwarten und sich jeder Ausschreitung und Arbeitsstörung zu enthalten, und teilt gleichzeitig mit, daß der Parteivorstand beschlossen habe, schärfsten Protest gegen die Verfüzung der Brotzation einzulegen und jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahme abzulehnen.

Reichsdeutsche Blätter suchen die Schuld an der vollständigen Stockung der Volksernährung in durchsichtiger Weise den Tschechen in die Schuhe zu schieben, die besonders die Deutschen Nordböhmens absichtlich verhungern ließen. Tatsache ist aber, daß die Not überall, nicht nur in Wien und in Böhmen, vorhanden ist. Wenn sie trotz der großen Unbauflächen und trotz aller Ernten nicht behoben und ihrem kräftigen Ausdruck nicht vorgebeugt werden konnte, so liegt das sicher vielmehr an der mangelhaften Organisation, die in Oesterreich ebenso wie anderwärts mit dem aktiven und passiven Widerstand der Agrarier und der Händler zu rechnen hat. Jetzt, wo das Maß voll und die Speicher leer, soll Deutschland aushelfen, das selber seine Brotzation wesentlich kürzen mußte.

### Die Kleiderenteignung.

Für die Rüstungsarbeiter werden eine Million Anzüge benötigt, natürlich müssen sie beschafft werden. Zu diesem Zweck aber werden Mittel angefordert, die das stärkste Bedenken erregen müssen.

Gegen die freiwillige Sammlung von Anzügen ist natürlich nichts einzuwenden. Auch nicht gegen jede Zwangsenteignung. Es gibt zweifellos in Deutschland noch eine Anzahl Menschen, die Kleider in viel größerer Zahl besitzen, als ein normaler Bedarf dies erfordert. Vor dem Kriege brachten unsere Klatsch- und Familienblätter mitunter Zusammenstellungen über die Kleiderbestände fürstlicher Persönlichkeiten und dabei sah man mit Staunen, daß nicht wenige von diesen einige Hundert, ja selbst einige tausend Anzüge bei sich aufgestapelt hatten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bestände unter dem Kriege sehr gelitten haben. Wird man aber an ihre Enteignung gehen? Bei Beurteilung dieser Frage denke man daran, wie zum Beispiel geführt worden ist.

Zweifellos haben auch eine Reihe sonstiger reicher und wohlhabender Personen vor dem Kriege und auch noch während des Krieges ungeheuern Kleiderluxus getrieben. Wir alle kennen die gepuderten Laffen, deren ganzes Streben in dem Ehrgeiz aufging, sich durch auffällige und stets wechselnde Kleidung hervorzuheben.

Über gerade diesen Modenarzen hat man es bei der freiwilligen Kleiderablieferung lächerlich bequem gemacht, sich durch Übergabe eines einzigen Anzugs von weiteren Eingriffen zu befreien. Wer einen einzigen Anzug ablieferte, braucht seinen Bestand nicht anzugeben. Was aber befragt ein Anzug bei einem Manne, der 50 oder 60 Anzüge daheim hängen hat! Ist für ihn die Abgabe von 20 Anzügen nicht immerhin noch viel leichter zu ertragen, als für jemand, der vier oder fünf Anzüge hat, die Abgabe eines einzigen?

Darüber aber darf man sich nicht täuschen, daß bei der großen Menge der Bevölkerung durchaus kein Ueberfluß an Bekleidungsstücken, sondern im Gegenteil für höhere Kreise ein Mangel herrscht. Das gilt durchaus nicht nur für die Arbeiterklasse. Auch weite Kreise der Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, ja sogar solcher Leute, die man als „besserstuerter“ bezeichnet, sind weniger infolge der Beschränkung, als infolge der enorm gestiegenen Preise seit Jahr und Tag schon nicht mehr in der Lage gewesen, ihre Garderobe zu ergänzen, und leben im wesentlichen von alten Beständen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden aber zahlreiche Beamte, Angestellte, Kleingewerbetreibende und auch Arbeiter aus andern als Rüstungsbetrieben, die in durchaus nicht guten Verhältnissen leben, mit herangezogen werden. Diesen gegenüber bedeutet eine Zwangsenteignung aber eine ungeheure Härte. Es wird kurzerhand dekretiert, daß der Mensch mit einem guten und einem Werttagsanzug auszukommen habe. Ob ein solches Auskommen möglich ist, muß sehr bezweifelt werden. Im heutigen Kulturleben — es war übrigens niemals anders — stellen Kleider nicht nur ein rein technisches Mittel zur Abhaltung der Kälte, sondern ein wesentliches gesellschaftliches Mittel dar. Man mag das verwirren, aber man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung der Erwerb und Beruf vieler Leute mit einem gewissen Kleideraufwand untrennbar verbunden ist. Der Handlungsgehilfe, der in der Toppe hinter den Ladentisch treten wollte, oder der Kaponchef, der im Warenhaus im Alltagsanzug herumliefe, sie würden von ihrem Chef unfehlbar auf die Straße gesetzt werden.

Man wird uns vielleicht einwenden: auch als Sozialisten kann es ja nur lieb sein, wenn durch den Satz „jeder Mensch braucht nur zwei Anzüge“ eine gewisse Gleichheit auf diesem Gebiet herbeigeführt wird. Aber tatsächlich wird das gar nicht geschehen. Denn der Satz bedeutet nur, daß dem, der gerade noch drei Anzüge sein eigen nennt, einer weggenommen werden kann. Bedeutet er aber auch, daß dem Besitzer von 30 Anzügen ein Anzug weggenommen werden? Wir zweifeln sehr, daß derartige Beschäftigt ist. Oder wer glaubt daran, daß unsere Minister, Diplomaten, Bankdirektoren usw. sich künftig mit zwei Anzügen begnügen werden? Wer glaubt, daß Herr von Hertling vielleicht nächstens mit geflickten Hosen bei Hof erscheinen wird, oder daß Herr von Kühlmann zur Friedenskonferenz mit durchgestochenen Ellbogen antritt?!

Jedem eine demokratische Gleichheit liegt also in dem System ganz und gar nicht. Man wird es uns auch nicht dadurch schmähhaft machen, daß man es als eine Maßregel zugunsten der Rüstungsarbeiter hinstellt. Will man die reichen Leute zugunsten der Rüstungsarbeiter enteignen, nun gut! Je gründlicher, desto besser. Aber andre Leute, die ebenso wie die Rüstungsarbeiter auch nur auf das Einkommen aus ihrer Arbeit angewiesen sind, verschone man mit Opfern, die sie nicht tragen können. Kein Rüstungsarbeiter wird wünschen, daß sein Bruder und Vetter, die Handlungsgehilfen oder Postkassierer sind, seinetwegen zerlumpt umherlaufen müssen.

### Notizen.

24 500 Tonnen. Amtlich wird gemeldet: Im Spergebiet des Mittelmeers versenkten unsere U-Boote 6 Dampfer und 4 Segler von zusammen 24 500 Brutto-Register-Tonnen.

Der Wiener Bericht. Am Dienstag meldete, wie schon in einem Teile der letzten Ausgabe mitgeteilt, die österreichisch-ungarische Seekriegsleitung: Die Schlacht in

Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Freiherr von Burm gewann an zahlreichen Stellen Raum; ihr Südflügel erreichte in jähren Kämpfen den Kanal Fofebba. Generaloberst Erzherzog Joseph baute seine Erfolge im Montello gelände aus. Italienische Gegenstöße scheiterten. An drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kaliber. Bei der Einnahme der Brenta raunte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere englische Angriffe. Die Zahl der Gefangenen ist auf 30 000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf mehr als 120. Die Besatzung an Minenwerfern und Maschinengewehren sowie sonstiger Kriegsmittel ist noch nicht gezählt.

Raub russischer Schiffe. „Sudbudsbladet“ meldet, daß Moskauer Nachrichten zufolge alle in amerikanischen und englischen Häfen liegenden russischen Fahrzeuge beschlagnahmt worden seien. „Nowaja Schina“ berichtet, daß acht der größten und besten Dampfer der russischen Freiwilligen-Flotte in den ostasiatischen Gewässern genommen worden seien und die übrigen den Befehl erhalten hätten, nicht in See zu gehen. Rußlands Kommissar für auswärtige Angelegenheiten hat hiergegen Protest eingelegt.

Schiffe aus Vinskein. Neuter meldet aus San Franzisko, daß sich dort eine Gesellschaft mit einem Kapital von 200 Mill. Dollar gebildet habe, um Schiffe aus Vinskein oder Lava zu bauen. Der Prozeß beruht auf der Entdeckung eines bestimmten chemischen Stoffes, der es möglich macht, vulkanische Asche zu binden und auf diese Weise einen Zement herzustellen, der eine leichte Masse gibt. In der Umgebung von San Franzisko seien Tausende von Acres mit solcher vulkanischen Asche zur Verfügung.

### Südlich der Wisne.

W. L. S. Großes Hauptquartier, 19. Juni 1918. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe des Feindes am Nieppe-Walde und nordöstlich von Bethune wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südwestlich von Dommeret scheiterte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordostteil des Waldes von Willers-Cotterets. Am Tage mehrfach wiederholter Ansturm drückte unsere Mäglich von Montebent vorstürmende Linie etwas in das Innere des Waldes zurück. Im Clignon-Abschnitt nordwestlich von Chateau-Thierry stießen mehrere feindliche Kompanien zum Angriff vor. Sie wurden von unsern Vorposten abgewiesen.

Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nachstoßende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Verthold errang seinen 35., Leutnant Beltjens seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Kammer-Lichtspiele.

Heute letzter Tag:  
**Asta Nielsen**

in  
**Eine Rose der Wildnis**

Erlebtes und Erträumtes — ein Vorspiel in 3 Akten

**Viggo Larsen**

in  
**Sein letzter Seitensprung**

Büßspiel in 3 Akten

**Unsre Nachrichtentruppen**

Militärantwärtige Aufnahme

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr  
Ende 10 Uhr.

Ent erhalten:  
**Gladiolus-Maschine**  
für Schaffstaperei  
zu kaufen gesucht. 4664  
**Schwenk & Hallbauer,**  
Wagaburg, Gr. Marktstr. 3.

**Tanz-Kursus.**  
Am Anfang des neuen Jahres können noch Damen und Herren teilnehmen. Anmeldungen nehme jederzeit in meiner Wohnung entgegen. Ergänzungskursus jederzeit ungeniert. 4636  
**H. Hoffmann,** Tanzlehrer,  
Stephansbrücke 12.

**ZENTRAL**  
THEATER

Mittwoch 7 Uhr

**Nanon**

Operette von Sene.

Große Auswahl  
in reich gestickten, weißen und bunten  
**Boile-Blusen 20.50** und höher  
hellen und dunkelfarbigen  
**seidenen Blusen 31.50** und höher  
sowie großes Lager in allen andern  
**modern. Blusen, Röcken**  
**Kostümen, Mänteln** zc.  
in Seide und noch guten Stoffen  
zu soliden Preisen

**Sieverlings**  
Etagegeschäft 1552  
17 Jakobstraße 17

empfehlen die  
Buchhandlung Volkstimme

Einem geehrten Publikum sowie unsern Freunden und Bekannten die ergebene Nachricht, daß wir das  
**Restaurant Marienstraße 1, Budau**  
welches neu renoviert ist, übernommen und eröffnet haben.  
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnen  
hochachtungsb  
Mag. Bauer nebst Frau.

**Rümmelgewürz** | **Holland. Kautabak**  
(Gesäß für Rümmelgewürz) | wieder da. Rolle 80.  
für Rohrbraten, Rauch usw. | **Otto Wolf, Jakobstraße 40.**  
Herm. Musche, Willhelmstraße 11

**Der Erbförster**

Heute 7 1/2 Uhr 4688

Bolkspfad in 5 Akten

von Otto Ludwig.

Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.

**Stephanshallen**

Direktion Rich. Frohner

Täglich abends 7 Uhr

Sonntags ab 3 Uhr nachm.

**Erstklassige**

**Varieté-**

**Vorstellung!**

**Teubild-Theater** | **Weißer Wand, Colosseum**

Heute letzter Tag!

**Pola Negri**

in  
**Zügelloses Blut**

Sensation Drama in 5 Akten

**Rolf Brunner**

in  
**Ammenmärchen**

reizendes Lustspiel in 1 Akt

**Die Hauptstadt der**

**Ukraine: Kiew.**

militärantwärtige Aufnahme

**Sherlock Holmes**

in  
**Der Schlangenring**

ein Abenteuer in 4 Akten

**Sherlock Holmes:**

**Hugo Flink.**

**Else Fröhlich**

und  
**Gunnar Sommerfeldt**

in  
**Derversunkene**

**Schatz**

ein Räuberdrama in 3 Akten

**Kriegsberichterstattung**

das Repertoire von all. Fronten

**Viktoria-Theater.**

Donnerstag den 20. Juni

Anfang 7 1/2 Uhr

**Die Schwestern und der Fremde**

Freitag den 21. Juni

**Alt-Heidelberg**

Sonabend den 22. Juni

**Menschlicher Wiener gewöhnt**

Die  
**Janl-Schlager**

4 Ruthenian | Alex. Partner

Dehoff | Kaiser

• A. und H. Kersten •

**Kasino**

Theater — Varieté

**? Delius ?**

Verkauf-Kunst-Maler

**Walters Licht geführt**

g. Anstaltsgasse 2. Gang

## Zirkus-Lichtspiele

Künstlerische Aufnahmen!

**Rigoletto**

Meisterhaftes Spiel  
erster Wiener Künstler!

Eine Schenswürdigkeit 1. Ranges!

Niemand versäume, sich dies  
**hervorragende Programm**

anzusehen, welches täglich  
**grossen Beifall** findet.

Wochentags 4 bis 10, Sonntags 3 bis 10 Uhr.

## Lichtschau Spielhaus

**Panorama.**

Heute letzter Tag:

**Die Schuld des Dr. Adrian Dortzy**

(Salome)

Großes Drama in 4 Akten

Schauspieler:

Werner Frank, Elen Richter, Mag. Kubbed,

Siktor Janjou, Johannes Müller.

**Die Liebe... ja die Liebe!**

Entzückendes Lustspiel in 3 Akten.

In der Hauptrolle **Otto Treptow**

Bei einer **Bente-Flugzeug-Sammelstelle**

Militärantwärtige Aufnahme.

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr, Ende 10 Uhr



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 142.

Magdeburg, Donnerstag den 20. Juni 1918.

29. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 19. Juni 1918

### Konzert des Arbeiter-Bildungsausschusses.

Wie schon mitgeteilt, veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuss am Montag den 24. Juni 1918, abends 7 1/2 Uhr, in der „Wilhelma“, Scharfener Straße, ein

#### Künstlerisches Gartenkonzert.

das vom städtischen Orchester unter Leitung des Kapellmeisters E. Blummann ausgeführt wird.

Eintrittskarten zum Preise von 40 Pfg. sind bei sämtlichen Ver-  
trauensleuten und an folgenden Stellen zu haben:

- Parteisekretariat, Große Münzstraße 3, II.
- H. Winger, Hundsbürger Straße 2.
- Felix Prüfer, Rogauer Straße 36.
- Gustav Klees, Große Storchstraße 7.
- Wilhelm Ochlschlager, Bahnhofsstraße 41, S. IV.
- Karl Schmidt, Friesenstraße 56, S. II.
- H. Weitz, Martinstraße 7.
- S. Schumann, Weilerhölzer Straße 10.
- W. Bullert, Kirchstraße 16.
- Franz Bühring, Fichtestraße 42.

Außerdem sind die Karten in folgenden Bureaus erhältlich:

- Banarbeiter, Große Münzstraße 3, III.
- Bäcker, Große Münzstraße 3, III.
- Fabrikarbeiter, Knochenhauerufer 27/28.
- Holzarbeiter, Große Storchstraße 7.
- Metallarbeiter, Große Münzstraße 3, I.
- Transportarbeiter, Stephanstraße 38.
- Straßenbahnen, Rollenbagenstraße 3.
- Arbeitersekretariat, Große Münzstraße 3, I.
- Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.

Das Programm bietet in seiner sorgfältigen Auswahl hervor-  
ragender Kompositionen für jeden Musikfreund die Aussicht auf einen  
besonderen Kunstgenuss. Es wird deshalb auf zahlreiche Beteiligung  
gerechnet.  
Der Arbeiter-Bildungsausschuss.

— **Frauenversammlung.** Auf die am Freitag den 21. Juni,  
abends 8 1/2 Uhr, in der „Reichstrone“, Jakobstraße, stattfindende Ver-  
sammlung für die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen  
Bereins, wird mit dem Ersuchen, überall für einen zahlreichen Besuch  
der Versammlung eifrig zu agitieren, aufmerksam gemacht. In der  
Versammlung wird Genosse Müller über das Thema „Neue Jugend-  
sprache. Zur Erklärung stehen außerdem wichtige, die Frauen an-  
gehende Parteiangelegenheiten.

— **Jugendbund Freiheit.** Bezirk Alte Neustadt. Don-  
nerstag abend Abendspaziergang. Treffpunkt 1/9 Uhr am Agnetenplatz.  
Vierhundert mitbringen.

— **Für die völlige Sonntagsruhe.** Der Kreisverein Magde-  
burg im Verband deutscher Handlungsgehilfen beschäftigte sich in seiner  
letzten Sitzung mit dem Beschlusse der Stadtverordneten-Sitzung betreffend  
Abänderung des Ortsstatuts für die völlige Sonntagsruhe. Nach hin-  
reichender Aussprache über diese Frage wurde nachstehende Entschließung  
einstimmig angenommen: Die am Freitag im „Schultheiß“ tagende  
Renaissancesammlung des Kreisvereins Magdeburg im Verband deutscher  
Handlungsgehilfen hat mit Befriedigung von dem Beschlusse der Stadt-  
verordneten-Versammlung am 30. Mai, auch für Magdeburg die all-  
gemeine Sonntagsruhe durchzuführen, Kenntnis genommen. Sie richtet  
nunmehr die dringende Bitte an den Magistrat, diesem Beschlusse der  
Stadtverordneten-Versammlung beizutreten und die zur Aenderung des  
bestehenden Ortsstatuts erforderlichen Schritte mit unlässlicher Be-  
schleunigung vorzunehmen, um den Handlungsgehilfen noch während  
der Sommermonate die Wohlfahrt der völligen Sonntagsruhe zu  
verschaffen. Sie verwahrt sich gegen die Stellungnahme der Handels-  
kammer Magdeburgs auf das entschiedenste. Die in jüngster Zeit er-  
folgten entgegengesetzten Beschlüsse der Kleinhandelsvereinigungen lassen  
erkennen, daß die Interessen dieser Kreise in der Handelskammer nicht  
entsprechend gewürdigt worden sind. Die Handlungsgehilfen Magde-  
burgs würden es nicht verstehen, wenn der Magistrat dem Gutachten  
der Handelskammer folgend, dem Beschlusse der Stadtverordneten nicht  
beitreten würde. Die durch die jegliche Ernennung auf das äußerste  
gefährdete Gesundheit der Handlungsgehilfen, denen trotz anstrengender  
Arbeit bei der Lebensmittellieferung keinerlei Zulagen gewährt werden  
macht die durch die völlige Sonntagsruhe einsetzende körperliche und  
geistige Ermüdung zur unabwendbaren Notwendigkeit.

## Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.  
(28. Fortsetzung.) (Schlußwort verboten.)

Die andern Mitspielenden begrüßten den Vorschlag mit  
Zubel. Hohe Summen wurden geboten und gesetzt. Die  
Würfel der drei Reiter waren fünf, sieben und neun. Nils  
Karman kam jetzt an die Reihe.  
„Ich habe heute kein Glück,“ murmelte er, die schon er-  
hobenen Würfel wieder hinwerfend. „Wirf Du selber für  
mich und Dich, Dirne — willst Du wohl?“  
Bitternd nahm Margarete die Würfel, sie mehr aus  
der Hand gleiten lassend als sie werfend.  
„Acht,“ rief der Reiter, der neun geworfen hatte, mit  
jubelnder Genugthuung.  
„Sol sie der Schwärze — acht — sie ist Dein, Franke  
— die Bestie hat mir Unglück gebracht!“ Er sprang auf  
und stampfte wild mit dem Fuße.  
„Mein bist Du, Schatz,“ juchzte der glückliche Ge-  
winner, Margarete an ihren Hüften zu sich herziehend.  
„Komm, gib mir einen Schmaß, Liebchen.“ So sehr sie  
sich kränzte, küßte er sie mehrmals auf Stirn und  
Wangen — voll Ekel fuhr sie zurück vor dem Tramtwein-  
und Tabakodem aus seinem Munde. Den Reiter be-  
lustigte der Widerstand seines Opfers, er hielt sie mit  
beiden Armen umfangen und setzte die Versuche, sie an  
sich zu drücken, fort. Da rief ihm Nils ein gebieterisches  
Wort zu.  
„Was soll's?“  
„Wald hätte ich's vergessen — ich hab ja noch was.  
Das will ich gegen sie setzen.“  
„Ich will nicht mehr spielen,“ gab der Gewinner trübsig  
Bescheid.  
„Das geht nicht, das ist gegen alle Spielregel,“ mischten

— **Ueberschüsse an Steuern.** Nach dem Bericht über die  
Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt  
Magdeburg für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1917 hat  
die Einnahme an Gemeindesteuern den Vorschlag um 2 257 711,52  
Mark überschritten. In diesem günstigen Ergebnis sind die Gemein-  
de-Einkommensteuer mit 1 595 030 Mark, die Gewerbesteuer mit 585 217  
Mark, die Umsatzsteuer mit 35 554 Mark, die Wertzuwachs-  
steuer mit 35 093 Mark, die Luftverkehrs- und Willethener mit  
24 685 Mark, die Grundsteuer mit 10 240 Mark beteiligt. Die  
allgemeine Furcht, daß die regulären Einnahmen der Stadt während  
des Krieges zurückgehen würden, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.  
Mindererträge weisen nur noch die Biersteuer mit 21 917 Mark  
und die Hundsteuer mit 6494 Mark. Die hohen Mehreinnahmen bei  
der Gemeinde-Einkommen- und der Gewerbesteuer sowie die Minder-  
erträge bei der Biersteuer hängen unmittelbar mit dem Kriege zu-  
sammen. Kriegsgewinne und gesteigerte Löhne machten erstere Steuern  
ertragreicher, während die starke Einschränkung des Malzverbrauches,  
die damit verbundene Erzeugung leichterer Biere, die einen steuerpflichtigen  
Mindestsatz von 1 1/2% Alkohol nicht enthalten, die Biersteuer weniger er-  
tragreich machten. Die stärkere Heranziehung zur erhöhten Hundsteuer  
veranlaßte die Abschaffung einer großen Anzahl von Zugshunden.  
Dementprechend waren auch die Einnahmen aus dieser Steuer geringer.  
Soweit sich bis jetzt die Verhältnisse übersehen lassen, werden die Ein-  
nahmen aus Steuern für das laufende Geschäftsjahr keinesfalls geringer  
werden, so daß mit einem ähnlichen Abschluß zu rechnen sein wird.

— **Die Magdeburger von Reich.** Wieviel es bis zum  
Jahre 1916 Magdeburger gab, die ein Vermögen von mindestens  
6000 Mark im Besitze hatten, das läßt die Liste der zur Ergänzungs-  
steuer herangezogenen Jeniten für die Steuerjahre 1914 bis 16 erkennen.  
Die Verhältnisse dürften sich zwar mittlerweile wieder erheblich  
geändert haben, denn die letzten beiden Kriegsjahre haben in den  
Besitzverhältnissen tiefgehende Veränderungen gebracht, trotzdem dürften  
die folgenden Angaben, die wir dem vor kurzem erschienenen  
Verwaltungsbericht der Stadtverwaltung entnehmen, allgemein inter-  
essieren. In den Steuerjahren 1914 bis 16 gab es hier 4976 Personen  
mit einem Vermögen von 6000 bis 20 000 Mark, 1954 Personen  
besaßen ein Vermögen von 20 000 bis 32 000 Mark,  
1773 Personen hatten ein Vermögen von 32 000 bis 52 000 Mark.  
Bis zu 100 000 Mark hatten es 1650 Personen gebracht. 100 000  
bis 200 000 Mark besaßen immer noch 995 Jeniten. 623 Per-  
sonen erfreuten sich eines Besitzes von 200 000 bis 500 000 Mark.  
Reichthum mit einem Vermögen von einer halben Million Mark und  
mehr gibt es immer noch 286. Von den letzteren gab es in den  
Steuerjahren 1911 bis 13 nur 277. Ueberhaupt kann auf Grund der  
vorliegenden amtlichen Listen festgestellt werden, daß die Zahl der  
Jeniten, die zur Ergänzungssteuer herangezogen worden sind, in allen  
Abstufungen schon in den ersten Kriegsjahren erheblich zugenommen  
hat. Nach 1916 hat diese Entwicklung noch eine Steigerung erfahren.  
Allzu schwer haben die Vermögenden an ihren Abgaben nicht zu tragen,  
wenn man bedenkt, daß ein Mann mit einer halben Million Vermögen  
und mehr nur 662 Mark an Ergänzungssteuer zu zahlen hat.

— **Behandlung und Abholung des Küchenabfalls.** Die  
ordentliche Abholung der Küchenabfälle wird häufig dadurch verzögert,  
daß die Abfälle nicht den städtischen Sammlern, sondern anderen Privat-  
sammlern übergeben werden, welche häufig abholen oder ganz weglassen  
und die Abfälle verderben lassen. Die Grundstückseigentümer werden  
deshalb ersucht, sich der städtischen Einrichtung zu bedienen. Da die  
Abfälle jetzt leicht verderben und dann wertlos werden, dürfen sie nicht  
lange in den Haushaltungen zurückgehalten und nicht wie das mitunter  
geschieht, mit dem Müll vermischt werden. Spargel- und Zwiebelschalen,  
Nagelabfälle und Kartoffelschalen schaden dem Vieh und sind deshalb  
nicht in das Futter zu geben. Die Sammelbehälter sind jetzt öfter zu  
reinigen und ständig mit Deckel zu versehen, um Verschmutzungen zu  
verhüten und Ungeziefer abzuhalten. Knochen werden besonders ge-  
sammelt und von Schulkindern abgeholt. Anfragen und Be-  
schwerden sind an die städtische Straßenreinigung, Wilhelmstraße 8,  
1 Treppe, Fernsprech-Anschluß Rathaus, zu richten.

— **Die Hungersteine sind zu sehen.** Aus Schöna,  
Sächsisches Schweiz, wird mitgeteilt: Infolge der anhaltenden Trockenheit  
sind in der Gegend die Hungersteine wie 1911 hervorge-  
treten. Die Personensicherheitsbehörden sind heute eingestellt worden.

— **Selbstmordversuch.** Der schwer erkrankende Brautmann  
Hermann B., wohnhaft Schwerfegerstraße 8, versuchte sich am Mitt-  
woch das Leben zu nehmen. Zu diesem Zweck öffnete er den Gashahn  
und nahm den Gashahn in den Mund. Das Einatmen muß längere  
Zeit gedauert haben, denn B. wurde von seiner Schwester in völlig  
bewußtlosen Zustand aufgefunden. Die von der Samariterin der  
Feuerwehr etwa 20 Minuten vorgenommene Wiederbelebungsversuche  
mittels Palmotor waren erfolgreich. Zur weiteren Behandlung wurde  
der dem Leben Zurückgegebene nach dem Mittäcker Krankenhaus gebracht.

— **Zur Verwendung der Warenhaussteuer.** Die Ein-  
nahmen der Stadt aus der Warenhaussteuer betragen im Rechnungs-  
jahr 1917 43 154 Mark. Mit dem aus dem Vorjahr vorhandenen  
Bestand von 5184 Mark bleiben verfügbar 48 338 Mark. Davon  
sind verwendet zur Deckung der Gewerbesteuerzuschläge 39 326 Mark,  
zur Deckung der Handwerkskammerbeiträge 503,50 Mark. Bleibt ein  
Zustand von 8506 Mark. Für 1918 gehen voraussichtlich an Waren-  
haussteuer ein 60 192 Mark, mithin verfügbar 68 698 Mark. Dieser  
Betrag würde ausreichen, um die Gewerbesteuerzuschläge in den untersten  
Stufen der Gewerbesteuerklasse IV bei 4, 8 und 12 Mark ganz und  
bei 16 Mark halb, sowie die Handwerkskammerbeiträge der beitrags-  
pflichtigen gewerbesteuerfreien Handwerker zu erlassen. Der Magistrat  
schlägt nun vor, die Warenhaussteuer für 1918 in der Weise zu ver-  
teilen, daß die Gewerbesteuerzuschläge der untersten Stufen der Ge-  
werbesteuerklasse IV bei 4, 8 und 12 Mark ganz, bei 16 Mark halb  
und die Handwerkskammerbeiträge der beitragspflichtigen gewerbesteuer-  
freien Handwerker ganz erlassen werden. Die Stadtverordneten werden  
sich am Donnerstag mit den Vorschlägen beschäftigen.

— **„Fürstensaß.“** Der Kaufmann Albrecht Weichsel von hier  
brachte im Dezember 1917 fürgekauft unter der Bezeichnung „Fürstensaß“  
ein von ihm hergestelltes Fabrikat unter zur Täuschung geeigneten  
Angaben als Mährerjatz in Verkehr, obwohl es über 98 Prozent  
Kochsalz enthält. Das Pfund kostete je nach der Verpackung 70 und  
80 Pfg. Nach dem Gutachten des Direktors Dr. Kappeler dürfte das  
Fabrikat nicht als „Mährerjatz“ bezeichnet und vertrieben werden, da  
es nur einen ganz geringen Zusatz von phosphorsaurem Kalk enthält  
und durchaus keinen Nährwert hatte. Weichsel wurde vom Schöffengericht  
wegen Betrugs gegen die Verordnung vom 26. Juni 1916 zu  
500 Mark Geldstrafe verurteilt.

× **Gefohlen** wurden in der Zeit vom 16. bis 18. d. M. aus  
einem Schuppen in der Schöneckstraße ein Sack mit sieben Ziegen,  
39 Kaninchen und neun Hamsterfellen; in der Nacht zum 18. aus  
einem verlassenen Laden in der Dreienbergstraße 60 bis 70 Paar  
getragene, reparaturbedürftige Stiefel und Schuhe.

× **Zu Haft genommen** wurde der Bergmann Karl Einede  
aus Bendorf, der hier am 18. d. M. drei Hühner, die durch Lang-  
ziehen der Hähne gelistet waren, zu verkaufen versuchte. Er will die  
Tiere auf einer Wiese, die an der Aller belegen ist, durch Werfen mit  
Steinen betäubt und dann wie angegeben gelistet haben. Wie festge-  
stellt, hat er hier bereits vor einigen Wochen Hühner verkauft.

## Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktoren.

**Viktoria-Theater.** Heute Donnerstag, „Die Schwestern und der  
Freunde“. Freitag: „Al-Helberg“. Samstag: „Renaissance“. Son-  
ntag nachmittag: „Minna von Barnhelm“. abends: „Der schiffliche  
Diener gesucht“.

**Städtisches Orchester.** Sommerkonzerte Dienstags und Freitags  
7 Uhr Stadttheater-Garten, Mittwochs 4 Uhr Salzwelle, Donnerstags  
5 Uhr Vogelgefang. 1918

## Vereine und Versammlungen.

Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer.

In der letzten Mitgliederversammlung des Reichsbundes  
sprach Kamerad K a f über Zusatzrenten und Kapitalabfindung.  
Mehrere Beschwerden über Umweisung von Anträgen auf Ge-  
wehrung von Lebensmittelzulagen wurden vorgebracht. In den  
Reihen der Kriegsbeschädigten herrscht die Ansicht vor, daß der  
Durchführung des Verzeichnisses der Schwerbeschädigten alle  
möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Ver-  
sammlung beschloß den Beitritt zum Ortsausschuß für Krieger-  
heimstätten und bestimmte die Kameraden K a f und R ö b e r als  
Vertreter. Anschließend daran erläuterte Kamerad P l u m -  
b o h m kurz die Ziele der Kriegerheimstätten-Bewegung. Die  
Kommission zum Besuch der Schwerbeschädigten hat ihre Tätig-  
keit aufgenommen, die Errichtung eines Grundstücks zum Unter-  
stützungsfonds für Schwerbeschädigte wird einstimmig beschlossen.  
Der Entwurf der Ortsgruppenabteilung wird nach eingehender  
Aussprache an den Vorstand zurückverwiesen. Kamerad K r ü g e r  
macht Mitteilung, daß eine rührige Werbearbeit in allen Orten  
der Umgebung eingeleitet hat; auch zur Bildung der Gewerkschaften  
sind die nötigen Vorarbeiten im Gange. Als provisorischer  
Gauvorsitzender für Sachsen-Anhalt ist Kamerad Krüger bestellt  
worden.

iens für die nächsten Stunden war ihr Ruhe vergönnt —  
sie war zu Tode erschöpft, völlig betäubt von dem Brodem  
im Zimmer, dem Gemurre und Geräusche des ungewohnten  
Trunkes, von all den fürchterlichen Ereignissen des Tages,  
Ihr Kopf drohte zu zerplatzen.  
„Daß mich eine Minute hinaus, nur eine Minute,“  
bat sie Broni, aber diese verneinte entschieden.  
„Ich muß für Dich einsehen,“ versetzte sie in ihrer  
gedrückten, ruhigen Weise. „Komm her, wir wollen schlafen.  
Ich bin todmüde.“  
Da erschien noch einmal die Marktfenderin mit Su-  
fanne in der Stube. Man hatte ihr erzählt, daß die Sol-  
daten um die junge Bäuerin würfeln, sie war sehr be-  
treten und empört zugleich.  
„Wo ist Nils — was fällt ihm ein, daß er mit nicht  
Wort hält?“  
„Da liegt er — wendet Euch an ihn selber.“  
„Aha — wie gewöhnlich. Er hat mir versprochen, mit  
die Vorhand zu lassen.“  
„Er hat sie ja zurückgewonnen.“  
„Ja, um sie morgen von neuem zu verschlingen. Gut,  
morgen früh werde ich ihn vorfrühen.“ Sie wandte sich  
zum Gehen. Da erfaßte Margarete küchlernd einen Zipfel  
ihres Kleides.  
„Kun, Kind, was willst Du?“ fragte sie mit freund-  
licher Miene.  
„Rettet mich, gute Frau, rettet mich vor diesem Men-  
schen!“  
„Das will ich, Kleine — morgen hoffe ich alles ins  
reine zu bringen. Wirf Du mir aber auch dankbar sein  
und keinen Kerger machen?“  
„Ich will Tag und Nacht für Euch arbeiten, nur laßt  
mich nicht in diesen Fanden!“  
(Fortsetzung folgt.)

15. Genossenschaftstag.

k Köln, 18. Juni.

Am zweiten Verhandlungstag behandelte Lorenz (Hamburg) das Thema Die Beteiligung der Beamten an der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Hebe den Punkt Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Neuordnung referierte Valentin Siebmann (Frankfurt am Main). Der Redner unterbreitete eine Resolution, die u. a. folgende Forderungen erhebt: I. Allgemeine Forderungen: Vertretung der Konsumgenossenschaften in den Handelskammern.

Ohne Debatte wurde diesen Forderungen zugestimmt.

Zu Ergänzung des Referats von Siebmann referierte hierauf Häpflin (Hamburg) über: Die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinzelhandelsvereine zur Hebergangswirtschaft.

Das gab Lejche (Hamburg) Bericht über die Unterabteilung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

In der Diskussion wandten sich hauptsächlich Delegierte, besonders Lejche, gegen die beschlossene Gewerkschaften des Zentralverbandes.

Erst am Ende des Tages wurde durch die Delegierten über den Jahresabschluss der Konsumvereine berichtet.

Der Generalsekretär sprach dann noch den Wunsch des Zentralverbandes aus, geschwängte die Jahresrechnung und erwiderte dem

Vorstand Entlastung. Die voraussichtlich ausstehenden Vorstands- und Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt.

Verbandstag der Buchdruckerhilfsarbeiter.

Berlin, den 18. Juni.

Ueber Lohn- und Tariffragen sprach am 2. Verhandlungstage Paula Thiede. Sie schilderte die Entwicklung und die Schwierigkeiten, die der Organisation bei Abschluß von Tarifverträgen bis in neuester gemacht worden sind.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Groß-Otterleben, 19. Juni. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Donnerstag den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal der Stube Rütze statt.

(Protokollsetzung.) Am 17. Juni tritt für den Kreis Wanzleben die verordnete Protokoll-Sitzung ein.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 19. Juni. (Mitschreibung.) Der bisher geschlossene Fleischer Fritz Gies, Magdeburger-Straße, ist als Kandidat der beiden geschlossenen Parteien der Wahlkreis Wanzleben in der Wahl am Sonntag den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal der Stube Rütze.

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Surg, 19. Juni. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Donnerstag den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 19. Juni. (Zur Kartoffelversorgung.) Bekanntlich gehen jetzt in diesen Gemarkungen die Kartoffeln zur Reife, und es ist schon jetzt möglich, sie zu ernten.

Wahlkreis Salze-Oschersleben.

Oschersleben, 19. Juni. (Der Sänglingswäch) bringt uns hier in der Zeit von 11 bis 1 Uhr bei Schwärzer Auguste im Waldpark zusammen.

Wahlkreis Salze-Oschersleben.

Oschersleben, 19. Juni. (Endlich etwas Regen!) Er wird von dem schon angekündigten Schönen doch wohl manches wieder gutmachen.

(500 Mark Belohnung) sucht die „Germania“ chemische Fabrik in Schönebeck für Wählungen zu, die zur Ermittlung der Wahlstimmen dienen.

(Käse) hat sich ein Stück zum Preise von 10 Pfennig kaufen lassen.

Kleine Chronik.

Bestenfallsbruch auf einer Beche. Auf der Beche Friedrich Heinrich bei Mörz ereignete sich ein Bestenfallsbruch.

Schreckenstat einer Mutter. Aus bisher noch nicht aufgeklärtem Grunde hat die 24 Jahre alte Portierfrau Anastasia Dombinski in der Nürnberger Straße 28 in Schöneberg ihr jähriges Söhnchen aus dem Fenster der f. u. u. Treppen hoch gelegenen Hofwohnung in der Geisbergstraße 46, wo sie zu Besuch weilte, auf den Hof hinabgeworfen.

Einmal an die richtige Stelle. Das große Los der roten-Kreuz-Lotterie, ein Geldbetrag von 100 000 Mark, ist in ein Kölner Losgeschäft gefallen.

Eine beschlagnahmte Schaffherde. Die Gendarmerie von Bischofsheim (Rhein) beschlagnahmte über 300 Stück Schafe im Werte von 60 000 Mark, die über die Landesgrenze geschmuggelt werden sollten.

Kartenspiel um Millionen. Das Budapest Blatt „Uj Szep“ berichtet über eine Kartenspartie, die mit einer Differenz von 3 1/2 Millionen Kronen endete.

Wenn's so ist! Ein reisender Handwerksbursche lag, mit einem schwer behafteten Koffer, auf der Straße und konnte nicht weiter.

Bereins-Kalender.

Table with 2 columns: Date and Event. Includes entries for 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni, 14. Juni, 15. Juni, 16. Juni, 17. Juni, 18. Juni, 19. Juni, 20. Juni, 21. Juni, 22. Juni, 23. Juni, 24. Juni, 25. Juni, 26. Juni, 27. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 30. Juni.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Station, Date, Water Level, and Remarks. Includes stations like Radeburg, Brandeis, Wehlitz, etc.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 20. Juni: Zwischenzeit Bewölkung, warm, vielwolke Gewitter.

Schmittmachung.

Der Antrag von Köpcke, Wilmshier und Schmittmacher, die von Köpcke am 18. Juni 1927 bei der Einreichung des Antrags auf Schmittmachung geltend gemacht werden, darf nach dem 20. Juni 1927 an dem oben genannten Ort nicht mehr geltend gemacht werden.

Schmittmachung.

Über die Rechte von Grundbesitzern auf Grundbesitzänderung. 1. Hat der Grundbesitzer 5 und 6 der Grundbesitzänderung...

Schmittmachung.

Bei der Schmittmachung der Grundbesitzänderung ist die Schmittmachung der Grundbesitzänderung zu berücksichtigen.

Advertisement for 'Original-Weck-Einkochapparate und -Gläser' by Walter Held. Includes an illustration of a cooking device and text describing its features and availability.

Advertisement for 'Dauerwäsche' by Wilhelm Fischer. Promotes durable and easy-to-care linen and cotton fabrics.

Walter Held, Breiteweg Nr. 196/97. Max Erstein, Königstraße 5.